

1. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz

15. Dezember 1958

341/J

A n f r a g e

der Abgeordneten K l e n n e r, A i g n e r, W i n k l e r und Genossen  
an den Bundeskanzler,

betreffend die ERP-Freigaben für das Jahr 1958

-----

Aus der Zeitschrift "Die Wochenpresse" Nr. 50 vom 13. Dezember d. J. ersehen die anfragenden Abgeordneten, dass angeblich die amerikanische Wirtschaftsmission bis zum 1. Dezember 1958 für das laufende Jahr noch keine Freigabe für ERP-Kredite aus dem Counterpart-Fonds genehmigt hat. Wie bekannt, stehen aus diesem Fonds normalerweise der österreichischen Wirtschaft zwischen 700 und 900 Millionen Schilling als Investitionsdarlehen zur Verfügung.

Da von der Wochenpresse eine Reihe von Gründen angeführt wurden, warum angeblich diese Freigabe für das heurige Jahr entgegen den sonstigen Gepflogenheiten bis fast vor Jahresende noch nicht erfolgt sei, richten die unterzeichneten Abgeordneten an den Herrn Bundeskanzler die nachstehende

A n f r a g e:

Ist es richtig, dass die amerikanische Wirtschaftsmission heuer noch keine Counterpartmittel freigegeben hat, weil

1. die Verhandlungen über die Wiener Memoranden, d. h. die Entschädigungsforderungen der westlichen Ölgesellschaften für ihre Vorkriegsrechte noch nicht abgeschlossen sind;
  2. über die Entschädigungsforderungen der jüdischen Organisationen bis jetzt noch kein Einverständnis erzielt wurde?
-